

*BFF-BIG-Fraktion - Mitteilung 11-2023*

## **„Schockierende Verdachtsfälle“ an Frankfurter Kitas BFF-BIG-Fraktion fordert umfassende Aufklärung**

Wie der Hessische Rundfunk am 07. August 2023 zuerst berichtete, soll es gleich an mehreren Frankfurter Kindertagesstätten zu sexuellen Übergriffen an Kindern gekommen sein. Aktuell liegen der Polizei fünf Strafanzeigen gegen vier Mitarbeiter in vier unterschiedlichen Einrichtungen vor, die nach derzeitigem Ermittlungsstand nicht miteinander in Zusammenhang stehen.

„Angesichts dieser schockierenden Verdachtsfälle muss die grundsätzliche Frage gestellt werden, wem die Frankfurter Eltern ihre Kinder anvertrauen, wenn sie sie in eine Betreuungseinrichtung geben und was grundsätzlich getan wird, um die Kinder vor sexuellen Übergriffen durch dort tätige Mitarbeiter zu schützen.“, stellt Haluk Yildiz, bildungspolitische Sprecher der BFF-BIG-Fraktion im Römer, fest. „Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, muss Stadträtin Sylvia Weber für umfassende Aufklärung sorgen und vor allem die Frage beantworten, wer für dieses Versagen zuständig ist.“

Für Yildiz ist insbesondere unverständlich, dass sich zwei der jetzt vorliegenden Anzeigen gegen einen Erzieher richten, gegen den ein bereits im Frühjahr dieses Jahres durchgeführtes Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des sexuellen Missbrauchs von Kindern eingestellt worden war, weil es keine Hinweise auf ein sexuell übergriffiges Verhalten gegeben habe. „Natürlich gilt auch in diesem Fall zunächst einmal die Unschuldsvermutung. Aber sollte sich das Expertenteam, das die seinerzeit gegen den Erzieher erhobenen Vorwürfe prüfte, geirrt haben und sich die neuerlichen Verdachtsfälle bestätigen, wäre das ein Komplettversagen der Verantwortlichen zum Schaden der betroffenen Kinder und Familien.“, so Yildiz.

Über die Forderung nach der schonungslosen Aufarbeitung der jetzt bekanntgewordenen Verdachtsfälle hinaus stellt sich für die BFF-BIG-Fraktion zudem die Frage nach der Notwendigkeit von zusätzlichen Präventionsmaßnahmen in den Frankfurter Kinderbetreuungseinrichtungen, um solche Fälle zukünftig ausschließen zu können. „Dazu bereiten wir eine parlamentarische Anfrage vor, zu der wir umfassende Antworten von der zuständigen Dezernentin erwarten.“, kündigt Yildiz abschließend an. „Denn kein Kind in Frankfurt darf Opfer körperlicher oder seelischer Gewalt werden – und schon gar nicht in städtischen Einrichtungen, denen sie von deren Eltern zur Betreuung anvertraut werden.“

Frankfurt am Main, 08. August 2023